

Junge SVP Thurgau



Ausserordentliche Mitgliederversammlung
Donnerstag, 08. September, 20:00 Uhr
Wirtschaft zum Eigenhof, Weinfeldern

zuepacke und vüreluege

Die Zeitschrift der Jungen SVP Thurgau



Abstimmungen vom 25. September 2016

- Volksinitiative „Grüne Wirtschaft“
- Volksinitiative „AHVplus: für eine starke AHV“
- Referendum „Nachrichtendienstgesetz (NDG)“

Gedanken zum 725. Geburtstag der Schweiz

Vorwort



Geschätzte Parteikolleginnen und Parteikollegen

Nach den gelungenen Wahlen im April, dem legendären Maibummel und den Abstimmungen vom Juni befinden wir uns mitten in der politischen Sommerpause. Ich hoffe, ihr genießt den Sommer und seid gut erholt.

Am 1. August hat die Schweiz ihren 725. Geburtstag gefeiert. Dabei wurden landauf, landab die Traditionen der Schweiz, unsere Unabhängigkeit und Neutralität, unsere Freiheit und Demokratie sowie unseren Zusammenhalt als Nation hochgelebt und als wichtig für unser Land bezeichnet. Es wird Zeit, dass diese Werte nicht nur am Nationalfeiertag Beachtung finden, sondern das ganze Jahr hindurch gelebt und gestärkt werden. Unsere Politik orientiert sich stets an den genannten Grundwerten,

welche die Schweiz zu dem gemacht haben, was sie heute ist: ein äusserst erfolgreicher, eigenständiger, direkt-demokratischer, freiheitlicher Sonderfall in Europa. Auch in den kommenden Jahren werden diese Werte immer wieder auf den Prüfstand gestellt oder angegriffen werden. Nur gemeinsam können wir unser Land auf diesem Niveau halten und stetig verbessern. Halten wir deshalb zusammen, engagieren wir uns für unsere (Jung-)Partei, für unseren Thurgau und unsere Schweiz.

Am 25. September wird über drei eidgenössische Abstimmungsvorlagen abgestimmt. Die zwei Initiativen „Grüne Wirtschaft“ und „AHVplus“ wurden von links-grüner Seite lanciert und verlangen einen Umbau der Wirtschaft bzw. eine Erhöhung aller AHV-Renten um 10%. Dazu kommt das Referendum gegen das revidierte Nachrichtendienstgesetz. Diese Vorlagen werden wir an der MV anfangs September diskutieren und die Abstimmungsparolen fassen.

Die nächste Mitgliederversammlung findet wie folgt statt:
Donnerstag, 8. September 2016, 20 Uhr
in der Wirtschaft zum Eigenhof, Weinfeld.

Ich freue mich, möglichst viele Mitglieder an der Mitgliederversammlung begrüßen zu können. Auch Neumitglieder und Gäste sind immer willkommen.

Oliver Straub
Präsident Junge SVP Thurgau

Inhaltsverzeichnis

Abstimmungsvorlagen	4
Volksinitiative „Grüne Wirtschaft“	4
Volksinitiative „AHVplus: für eine starke AHV“	5
Referendum "Nachrichtendienstgesetz (NDG)"	6
Gedanken zum 725. Geburtstag der Schweiz	7
Intern	8
Agenda	8
Impressum	8



www.jsvp-thurgau.ch

Volksinitiative „Grüne Wirtschaft“

Um was geht es überhaupt:

Die Initiative «Grüne Wirtschaft» zielt darauf ab, dass die Schweiz bis 2050 ihren Ressourcenverbrauch um mehr als zwei Drittel (mind. 65%) senkt. Der Bund, die Kantone, sowie die Gemeinden werden verpflichtet, dazu noch nicht definierte Massnahmen zu ergreifen, die zu diesem Ziel führen. Die meistbetroffenen Lebensbereiche wären somit «Ernährung», «Wohnen» und «Mobilität».

Die Argumente der Befürworter:

Die Initianten begründen ihr Anliegen damit, dass die Schweiz in den letzten Jahren ihre Vorreiterrolle in Sachen Umweltschutz verloren hätte und mit dieser Initiative wieder zu anderen Top-Nationen aufschliessen könnte. Die Schweizerinnen und Schweizer produzieren gemäss den Initianten pro Kopf am zweitmeisten Abfall in Europa. Mit der Initiative soll die Wertvernichtung mit moderner Auf- und Wiederverwertung gestoppt werden.

Die Wirtschaft soll mit der Initiative gestärkt werden, indem der Werkplatz Schweiz für den Markt der Zukunft fit gemacht werden soll. Der Umgang mit knapper und teurer werdenden Ressourcen sei eine stark nachgefragte Wirtschaftskompetenz mit enormem Zukunftspotenzial. Hier soll die Schweiz eine Vorreiterrolle übernehmen, da sie mit einem JA zur Initiative über die idealen Voraussetzungen verfüge. Mit der Initiative soll ausserdem das sogenannten «Öko-Dumping», das heisst billige und umweltschädlich hergestellte Waren, eingedämmt und gestoppt werden.

Für die Konsumenten soll die Initiative zu mehr Kundenzufriedenheit durch nachhaltig hergestellte Produkte führen. Geräte sollen dadurch langlebiger sowie reparierbar werden und damit das Portemonnaie der Konsumenten schonen. Dies soll durch nachhaltigeres und besseres Design sichergestellt werden.

Die Argumente der Gegner:

Die Initiative würde bewirken, dass die Bürgerinnen und Bürger dazu gezwungen werden, ihren Lebensstil radikal zu verändern. Das Volk in der Schweiz müsste das Essverhalten sowie die eigene Mobilität drastisch einschränken und mit massiv weniger Komfort leben. Die Wahlfreiheit der Schweizerinnen und Schweizer würde somit erheblich eingeschränkt.

Damit das Ziel der Initiative erreicht wird, müssten die Preise von Nahrungsmitteln und Reisen sowie Transporten durch lenkungsorientierte Umweltafgaben stark erhöht werden. Dadurch wird die Hochpreisinsel Schweiz zementiert und jeder Bürger in der Schweiz hätte am Ende des Tages viel weniger Geld in der Tasche.

Gemäss dem Bundesrat ist die Senkung des Ressourcenverbrauchs um mehr als 65% nicht einmal mit innovativsten Technologien zu erreichen. Ein solch massiver Strukturwandel ist für die Unternehmen in der Schweiz unberechenbar und die Kosten für die Volkswirtschaft wären undenkbar hoch.

Die Schweiz wäre das erste Land weltweit, das eine solch radikale Forderung in die Verfassung schreiben würde. Ein Schweizer Alleingang bringt zudem in diesem Zusammenhang sehr wenig, da dies gemäss den Gegnern nur dem Werkplatz Schweiz schadet und ihn konkurrenzunfähig macht.

Gemäss den Gegnern ist die Schweiz heute bereits eine Musterschülerin was Recycling und Nachhaltigkeit anbelangt, was sich darin äussert, dass die Schweiz regelmässig Spitzenplätze in internationalen Nachhaltigkeitsrankings belegt.

Fazit:

Die Initiative ist grüne Träumerei und Zwängerei zugleich. Dem Werkplatz Schweiz würde dadurch nachhaltig Schaden zugefügt und er wäre somit nicht mehr konkurrenzfähig im internationalen Vergleich. Die Einwohner der Schweiz könnten sich viel weniger leisten, da das Meiste durch Lenkungsabgaben unnötig verteuert würde. Eine solche grüne Initiative ist schlicht nicht realisierbar und schädlich, weshalb sie eine wuchtige Ablehnung verdient hat. Mein NEIN an der Urne ist sicher.

Pascal Ackermann, Ressort Aktivitäten

Volksinitiative „AHVplus: für eine starke AHV“

Die AHV-Rente bezweckt in der Schweiz, den Rentnerinnen und Rentnern eine angemessene Fortsetzung ihrer gewohnten Lebensweisen zu bieten. Rentnerinnen und Rentner haben bis zu ihrer Pensionierung jahrzehntelang gearbeitet und die geforderten Abgaben in die Sozialversicherungen gezahlt. Dieses theoretisch erfolgreiche Solidaritätsprinzip, durch welches die erwerbstätige Generation die Generation im Rentenalter durch Sozialversicherungen finanziert, wird durch die Vorlage AHVplus aufgegriffen und thematisiert.

Was will die Initiative?

In der Schweizer Politik wird seit geraumer Zeit nach Lösungen für eine Sanierung der AHV gesucht. Denn es ist Fakt, dass in den Jahren 2014 und 2015 die AHV mehr Geld ausgegeben als eingenommen hat. Es ist ebenfalls Fakt, dass die Schere zwischen der Anzahl an AHV-Bezüger und der Anzahl an zahlenden Erwerbstätigen immer grösser wird. Diese Situation fordert eine durchdachte und zukunftsfähige Lösung, die auch den künftigen Generationen eine Perspektive bietet.

Die Initianten, die hauptsächlich aus dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund und weiteren Gewerkschaften bestehen, fordern mit ihrer Vorlage, dass die AHV-Rente für jeden Rentner um 10% erhöht werden soll. Gemäss Initiative wurden die Löhne der Erwerbstätigen in den letzten Jahren jeweils der Teuerung angepasst. Die AHV-Renten hinkten jedoch ständig den Löhnen hinterher. Aufgrund dieser Feststellung soll die Rente entsprechend erhöht werden.

Den Initianten ist es ein Anliegen, dass man auch im Alter noch ein anständiges und angemessen finanziertes Leben führen kann.

Wie uns allen bekannt ist, kämpfen die Gewerkschaften für höhere Löhne. Mit der AHVplus-Vorlage finden sie dadurch einen weiteren Grund, höhere Löhne für die Erwerbstätigen anzustreben. Denn wenn die Löhne steigen, steigen auch die AHV-Beiträge, die in die Sozialversicherung eingezahlt werden. Gemäss Initianten wäre damit ein Weg gefunden, um die AHV zu stabilisieren.

Was spricht gegen diese Initiative?

Die Initiativgegner wehren sich gegen das Vorhaben, mehr Ausgaben und geringere Einnahmen in der AHV-Kasse zu legitimieren. Durch die steigende Lebenserwartung der Menschen muss eine zukunftsfähige Lösung angestrebt werden, die nicht ausschliesslich zu Lasten der Erwerbstätigen geht. 2014 gab die AHV 320 Millionen Franken mehr aus, als sie einnahm. 2015 waren es 579 Millionen. Wird sich diese Situation nicht ändern, wird die AHV bis 2030 jährlich 7.5 Milliarden Franken mehr ausgeben, als sie einnimmt. Durch eine Rentenerhöhung um 10%, wie es die Initiative fordert, müssten jährlich zusätzlich 5.5 Milliarden Franken draufgelegt werden. Das Loch in der Kasse würde sich drastisch vergrössern. Wer diese Mehrausgaben letzten Endes bezahlen soll, geben die Initianten nicht an. Schlussendlich werden diese Mehrausgaben zu Lasten der erwerbstätigen Generation gehen, was nicht Ziel dieser Vorlage sein darf.

Das bürgerliche und überparteiliche Gegenkomitee fordert eine durchdachte AHV-Reform, damit die AHV auch in Zukunft noch genug Geld hat, um Renten auf dem heutigen Niveau auszuzahlen. Nur ein Nein zur AHVplus-Vorlage kann diesem sozialistischen Vorhaben Einhalt gebieten.

Aline Indergand, Ressort Finanzen

Referendum „Nachrichtendienstgesetz (NDG)“

Das neue Nachrichtendienstgesetz soll alle nachrichtendienstlichen Tätigkeiten umfassend regeln und dabei die alten Gesetze ablösen. Im Parlament wurde das Gesetz im September 2015 mit grosser Mehrheit verabschiedet. Konkret darf der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) unter dem neuen Gesetz u.a. Telefone abhören, Räume verwanzen und in Computersysteme eindringen, wobei vorgängig eine Bewilligung durch das Bundesverwaltungsgericht nötig ist.

Argumente der Befürworter

Zeitgemässe Mittel: Mit der heutigen Bedrohungslage durch Terrorismus, Cyberkriminalität etc. sind die neuen Massnahmen nötig, um Anschläge und dergleichen verhindern zu können. Komplexer werdende Bedrohungsformen verlangen nach neuen Mitteln.

Sicherheit: Um die Freiheit der Bürger zu gewährleisten, setzt das NDG dort an, wo die Sicherheit der Schweiz nachhaltig gefährdet ist.

Kontrolle: Der NDB unterliegt einem mehrschichtigen Genehmigungsverfahren und wird in seinem Tun von unabhängiger Stelle kontrolliert.

Internationale Zusammenarbeit: Durch seine erweiterten Kompetenzen wird der NDB ein gleichberechtigter Partner für Partnerdienste anderer Länder und ist weniger auf deren Daten angewiesen, da er selbst tätig werden kann.

Technologische Entwicklung: Kabelnetze werden gegenüber Funknetzen zunehmend wichtiger. Ein solch wichtiger Teil der technischen Kommunikation sollte nicht grundsätzlich von Kontrollen ausgeschlossen sein.

Argumente der Gegner

Das neue Nachrichtendienstgesetz will die Kompetenzen des Schweizer Nachrichtendienstes massiv ausbauen und öffnet damit dem Schnüffelstaat Tür und Tor. Künftig hätte der NDB die Möglichkeit, ohne Verdacht auf eine Straftat in die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger einzudringen und deren Leben und Kommunikation zu überwachen.

Das neue NDG würde die Privatsphäre massiv einschränken. Alle werden überwacht, nicht – wie häufig behauptet wird – nur Kriminelle. Abhören von Telefongesprächen, lesen von E-Mails, Facebook-, WhatsApp- und SMS-Nachrichten sowie Überwachung des Internets durch Stichwortsuchen sind Mittel der verdachtsunabhängigen Massenüberwachung. Von diesen Massnahmen sind wir alle betroffen! Unzählige unserer persönlichen Daten werden aufgezeichnet und ausgewertet – ohne dass wir uns irgendwas zu Schulden kommen lassen.

Der Nachrichtendienst verkommt so von einer Behörde der defensiven Gefahrenabwehr zu einem offensiven Geheimpolizei-Apparat ausserhalb des rechtsstaatlichen Rahmens. Demokratische Kontrolle durch das Volk ist ebenso wenig vorhanden wie Transparenz. Die bisherigen Fichenaffären, bei denen hunderttausende Bürgerinnen und Bürger überwacht wurden, müssten eine Lehre gewesen sein: Ein datensammelndes Monster innerhalb des Staates dürfe nicht wieder geschaffen werden.

Pro: SVP, FDP, CVP, EVP

Contra: SP, Grüne, JUSO, Piraten

Fabian Meyerhans, Leiter Medien

Gedanken zum 725. Geburtstag der Schweiz von Thomas Schwarz

Den diesjährigen 1. August 2016 verbrachte ich in Nussbaumen in der Gemeinde Hüttwilen, da wir mit der Musikgesellschaft Uesslingen aufspielten. Dieses Konzert war eine einmalige Aktion für die Unterstützung der Neuinstrumentierung der Politischen Gemeinde Hüttwilen. Der Anlass war gelungen und feierlich.

Bundeskanzler verkörpert das Denken der Behörden

Weniger angetan war ich hingegen von der Festrede des Bundeskanzlers Walter Thurnherr. Er vertrat die Meinung, dass die Bildung das beste Mittel gegen die Populisten sei, da die Leute mehr selber nachdenken sollten. Einfache Lösungen für komplexe Probleme gäbe es nicht, da es sonst keine Probleme wären.

Gefragt sind einfache Lösungen auf komplexe Probleme

Diese Meinung widerspricht fundamental meiner Ansicht. Der richtige Ansatz um die heutigen komplexen Probleme zu lösen ist nicht, alle Facetten eines Problems im Detail zu beleuchten. Vielmehr geht es darum, den Kern des Problems zu erkennen und dann gezielte Lösungen zu entwickeln, die den Ansatz des Problems bekämpfen. Diese Vorgehensweise braucht jedoch ein detailliertes Auseinandersetzen mit dem Problem. Die hierfür nötige Energie bringen jedoch nur die wenigsten auf. Ich setze mich immer wieder mit komplexen Problemen, wie der Energieversorgung und der Altersvor-

sorge, auseinander. Dabei erkenne ich durch Bildung die Herausforderungen dieser Probleme. Mein Ziel besteht jedoch darin, die Ursachen zu erkennen und gezielt anzugehen. Hierdurch werden selbst komplexe Probleme einfach verständlich und für jeden nachvollziehbar, und zwar nicht nur für intellektuelle Analysten aus Bundesbern. Nur wer unsere Herausforderungen in einfache Worte fassen kann, zeigt, dass ein Problem verstanden wurde. Das bildet die Grundlage für gute Lösungen.

Euer Engagement zählt

In diesem Sinne fordere ich eine verstärkte Auseinandersetzung mit den heutigen Herausforderungen. Aber nicht mit einer passiven Haltung, die die Bundesverwaltung fördert. Vielmehr braucht es grundsätzliche Debatten des Volkes unabhängig von Verwaltern in Bern. Ich fordere die Bürgerinnen und Bürger auf, selber zu denken und zu zeigen, dass wir mit einfachen Schritten unsere Schweiz erhalten und stärken können zum Wohle aller. Ich freue mich über euer Engagement für unsere Schweiz. Ich bedanke mich bei allen Bürgerinnen und Bürger, denen das Land nicht gleichgültig ist, die an die Urne gehen und die direkte Demokratie leben. Diese Eigenschaft macht unsere liebe Schweiz einzigartig und stark.

Thomas Schwarz, Vizepräsident

Agenda

Aktuelle Informationen zu Anlässen findet ihr immer unter www.jsvp-thurgau.ch

08. September, 20 Uhr

Ausserordentliche Mitgliederversammlung

Wirtschaft zum Eigenhof, Weinfelden

25. September 2016

Eidgenössischer Abstimmungssonntag

Impressum



Herausgeber:

Junge Schweizerische Volkspartei des Kantons Thurgau

Tosistrasse 4

8572 Berg TG

in Zusammenarbeit mit der
Jungen SVP Schweiz

Redaktion:

Fabian Meyerhans (Leitung Medien)

Oliver Straub (Präsident)

Thomas Schwarz (Vizepräsident)

Aline Indergand (Ressort Finanzen)

Pascal Ackermann (Ressort Aktivitäten)

Kontakt:

E-Mail: medien@jsvp-thurgau.ch